



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 168/2011

09. Juli 2011

Sperrfrist: bis Samstag, 9. Juli, 10 Uhr

Landespsychotherapeutenkammer feiert zehnjähriges Bestehen

Sozialministerin Katrin Altpeter: „Wir müssen stärker auf Prävention und Gesundheitsförderung setzen“

Eine psychische Erkrankung war im vergangenen Jahr der Auslöser für fast jeden zehnten Fehltag am Arbeitsplatz. Die Liste der psychischen Erkrankungen ist lang. Depressionen, Suchterkrankungen, Schizophrenie, Persönlichkeitsstörungen – um nur einige zu nennen. „Psychische Erkrankungen sind in der Regel chronisch. Das zeigt, die Zahlen sind alarmierend“, sagte Sozialministerin Katrin Altpeter am Samstag (9.7.) in Stuttgart. Bei der Feier der Landespsychotherapeutenkammer zum zehnjährigen Bestehen erklärte die Ministerin: „Wir müssen die gesundheitspolitischen Maßnahmen neu ausrichten und stärker auf Prävention und Gesundheitsförderung setzen.“ Es reiche nicht mehr aus, nur die Behandlung von vorhandenen Erkrankungen zu verbessern.

Chronische Erkrankungen sind oft auf eine jahrelang wirkende gesundheitliche Belastung zurückzuführen. „Das gilt besonders bei psychischen Krankheiten. Deswegen ist mir auch die Vorsorge so wichtig“, so die Ministerin. Ihr Ziel sei eine gesundheitsgerechte Gestaltung der Lebens- und Arbeitswelt. Gelingen soll das mit passgenauen Lösungen, die vor Ort erarbeitet werden.

Als das beherrschende Thema für die Zukunft der Psychotherapie bezeichnete die Ministerin die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes. Dringenden Änderungsbedarf sieht Altpeter bei den Zugangsvoraussetzungen für die Ausbildung zum Psychologi-

schen Psychotherapeuten und zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Künftig soll bundesweit ein Diplom-Abschluss oder ein Master-Abschluss Zugangsvoraussetzung für diese Ausbildungen sein. „Die Bundesregierung hat die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes immer noch nicht in Angriff genommen“, kritisierte Altpeter. Es sei sogar zu befürchten, dass die Novelle in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr kommt. „Dabei besteht dringender Reformbedarf. Das Verhalten der Bundesregierung ist unverantwortlich.“ Altpeter kündigte an, sich gemeinsam mit ihren Länderkolleginnen und -kollegen für die zeitnahe Überarbeitung des Psychotherapeutengesetzes stark zu machen. „Wir müssen den Druck auf die Bundesregierung erhöhen. Schließlich brauchen wir jetzt eine Gesetzesinitiative und nicht erst in ferner Zukunft.“